

N I E D E R S C H R I F T

über die 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	02.07.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:20 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Katz, Reinhilde
AM Klein, Marc
AM Leonhardt, Traugott
AM Otterbach, Christoph
Stv Rujanski, Detlef
Stv Sintzen, Gerlinde

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese
AM Memarian, Annemarie - für AM Löwenberg, Horst -

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim
AM Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm -
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter ab 16.10 Uhr, TOP 5 ö. T. -

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr, Werner
Städt. VD Fischer, Horst
AM Aydin, Veli - für AM Koyuncu, Ebubekir bis 18.10 Uhr, TOP 10 ö. T. -
Stv Al-Omary, Falk
AM Dr. Czell, Gernot

AM Dr. Feische, Bärbel - bis 18.10 Uhr, TOP 10 ö. T. -
AM Fenster, Klaus
Stv Groß, Michael
AM Holdinghausen, Rolf - bis 18.05 Uhr, während TOP 9 ö. T. -
AM Schneider, Martina - ab 16.10 Uhr, TOP 5 ö. T. -
AM Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker -
Stv Tielsch, Ingrid Karin

V. Als Zuhörer:

AM Greven, Michael
AM Schiltz, Ingmar

VII. Von der Verwaltung:

VA Juchems-Voets
VA Dr. Jung
Stadtjugendpfleger Weber
VA Roth
VA Dreisbach
VA Fr. Schmidt
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

AM Max, Christian
AM Löwenberg, Horst
AM Westerholt, Günter
Stv Lauble, Wilhelm

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet Herr Eberlein):

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Eberlein bestimmt.

27. JHA 02.07.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.05.2002 ergänzt Herr Berger, dass neben den aufgeführten Ausschussmitgliedern auch er sich zu TOP 9 für befangen erklärte. Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 05.06.2002 liegt noch nicht vor.

27. JHA 02.07.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

27. JHA 02.07.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

27. JHA 02.07.2002

**5. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
- Verwendungsbericht**

Vorlagenr. 1985/2002

dazu: Aktionsprogramm der Landesregierung NRW „Gegen Rechtsextremismus“; Verwendungsbericht der Stadt Siegen

Herr Schmidt teilt mit, dass in der Beratung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen die zahlreichen nachhaltigen Maßnahmen unter Einbringung beachtlicher finanzieller Eigenleistungen der Projektträger sehr gelobt wurden.

Herr Dr. Czell regt an, die Kooperation mit runden Tischen zu ähnlich gelagerten Themenbereichen zu verstärken, um einen Erfahrungsaustausch zu künftigen Entwicklungen und daraus resultierenden Handlungskonzepten zu ermöglichen.

- ◆◆◆ Der Ausschuss nimmt den Verwendungsbericht zum Aktionsprogramm der Landesregierung NRW „Gegen Rechtsextremismus“ (Anlage zur Vorlage) zur Kenntnis.

27. JHA 02.07.2002

**6. Offene Kinder- und Jugendarbeit
Konzeption und Arbeit der städtischen Kinder- und Jugendhäuser**

Vorlagennr. 2044/2002

dazu: Bericht „Kinder- und Jugendarbeit in städtischen Einrichtungen“

Die Herren Dr. Rohr und Weber erläutern die Rahmenbedingungen, unter denen die Vorlage entstanden ist.

Frau Schmidt und Herr Dreisbach schildern anhand einer Bildschirmpräsentation anschaulich die Tätigkeitsfelder in Kinder- und Jugendeinrichtungen, wobei Herr Dreisbach insbesondere auf erlebnispädagogische Aspekte eingeht.

Frau Sintzen erachtet die Tatsache als bedauerlich und gleichzeitig erschreckend, dass Kinder- und Jugendeinrichtungen zunehmend als Elternhausersatz gesehen werden. Alle denkbaren gesellschaftlichen, auch über finanzielle Unterstützung hinausgehende Anstrengungen sind zu unternehmen, um die Institution Familie zu stärken und deren Akzeptanz zu erhöhen.

Nach Möglichkeit ist die Kooperation städtischer und freier Träger von Kinder- und Jugendhäusern auszudehnen.

Positiv ist die in Siegen festzustellende enge Vernetzung zwischen Familie, Kindergarten, Schule und Jugendeinrichtungen zu sehen, so Herr Rujanski. Die Vorlage zeigt seines Erachtens, dass der offenen Kinder- und Jugendarbeit wieder mehr Gewicht einzuräumen ist. Die Projekte „Dr.-Ernst-Schuppener-Haus“ und „Jugendtreff Bertramsplatz“ erfahren durch die Schilderungen eine deutliche Legitimation. Voranzutreiben ist die Standortsuche für eine Jugendeinrichtung in Weidenau.

In einer kommenden Bestandsaufnahme bittet Herr Dr. Czell, neben den städtischen auch die Einrichtungen freier Träger aufzuführen. Weiterhin sollten Handlungsbedarfe im Sinne einer adäquaten Versorgung aller Stadtteile aufgezeigt werden.

Frau Tielsch lobt, dass den sich ständig wandelnden Anforderungen an Jugendeinrichtungen in Siegen Rechnung getragen wird. In Weidenau ist Präventivarbeit unabdingbar, auch wenn hier derzeit nach einem entsprechenden Bericht der Polizei in einer der vergangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses kein Brennpunkt zu sehen ist. Sie bittet, zumindest die ehrenamtlich im Jugendbereich Aktiven finanziell zu unterstützen, wenn kein Jugendtreff in Weidenau realisiert werden kann.

Herr Groß verdeutlicht, dass die beeindruckende Quantität der Besucherzahlen für die Qualität der städtischen Jugendeinrichtungen spricht. Der Bericht zeigt, dass auch künftig Ressourcen für Jugendarbeit erkämpft werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob die vom Kämmerer verfügte 10-%ige Haushalts-sperre für das laufende Haushaltsjahr auch in diesem Bereich Auswirkungen hat. Wenn dem so wäre, spricht er sich vor dem Hintergrund zahlreicher anderer Maßnahmen und Großprojekte, für die scheinbar noch Mittel aus dem städtischen Haus-

halt zur Verfügung gestellt werden können, dafür aus, den Jugendbereich von der Haushaltssperre auszusparen.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass auch städtische Jugendfreizeiteinrichtungen von der Sperre betroffen sein werden. Abzuwägen sind Verantwortung für die städtische Gesamthaushaltssituation einerseits und die aus der Haushaltssperre resultierenden eingeschränkten Leistungen in Einzelbereichen andererseits. Mittelfristig ist die Sperre vor dem Hintergrund zu prophezeiender steigender Folgekosten zwar kontraproduktiv, doch ist ein anderer Ausweg aus dem Dilemma für den diesjährigen Haushalt nicht ersichtlich.

Herr Rujanski beantragt, den Bereich der Jugendhilfe (Zuschüsse an freie und städtische Träger) aus der Haushaltssperre auszuklammern, um dem bereits geäußerten Wunsch Rechnung zu tragen, zumindest bestehende Angebote abzusichern.

Aus jugendpolitischer Sicht ist der Antrag nach Auffassung von Frau Tielsch zu begrüßen, doch die Verantwortung für die Gesamthaushaltssituation lässt keinen anderen Schluss zu, als dass alle Bereiche einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten haben.

Herr Schmidt schließt sich seiner Vorrednerin an und zeigt auf, dass nicht die Kommunen für die Finanzmisere verantwortlich sind. Grundsätzlich müssen auf Bundes- und Landesebene Überlegungen zur Verbesserung der prekären Situation angestellt werden.

In allen Aufgabengebieten müssen, auch zu Herrn Al-Omarys Bedauern, Einsparungen erzielt werden. Nur so können Handlungsfreiräume für kommende Jahre geschaffen werden.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Sitzung von 17.15 Uhr bis 17.25 Uhr unterbrochen.

Herr Rujanski erhält seinen Antrag aufrecht.

Frau Sintzen erklärt, mit ausdrücklichem Bedauern aus jugendpolitischer Perspektive, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann. Gründe hierfür sind die Verantwortung für den Gesamthaushalt und die Tatsache, dass der Bestand der Arbeit grundsätzlich nicht gefährdet ist.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Rujanski):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Bereich der Zuschüsse an die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe aus der vom Kämmerer verfügbaren Haushaltssperre auszuklammern. Konkret handelt

es sich um rd. 11.000,00 € für den Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und weitere rd. 11.000,00 € für die städtischen Einrichtungen der Jugendarbeit.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 5 dagegen (CDU), 1 Enthaltung

Anmerkung zur Niederschrift:

Nach Ermittlung des Fachbereiches 5 umfasst der SPD-Antrag folgende Haushaltsstellen:

HSt.	Bezeichnung	HH-Soll €	Sperre €
Kommunale Träger			
1.451.5200.3	Unterhaltung und Ergänzung des beweglichen Vermögens	1.100	110
1.451.6500.8	Förderung von Kindern u. Jugendlichen aus Zuwandererfamilien	11.000	1.100
1.460.5000.0	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	42.000	4.200
1.460.5200.2	Ergänzung und Unterhaltung der Einrichtungen	10.000	1.000
1.460.6501.5	Kurse, Arbeitsgemeinschaften	35.000	3.500
Zwischensumme 1			9.910
Freie Träger			
1.451.7171.7	Zuschuss an RaBauKi e.V.	8.950	895
1.451.7184.9	Zuschuss an Arbeitsgemeinschaften/Initiativgruppen von freien Trägern der Jugendhilfe	2.500	250
1.451.7187.3	Zuschuss an Ring politischer Jugend	1.550	155
1.451.7189.0	Kinder- und Jugendbeteiligung	1.500	150
1.455.7174.0	Zuschuss an IFPAKE e.V.	18.900	1.890
1.455.7175.8	Zuschuss an Deutschen Kinderschutzbund e.V. (Kinder- und Jugendtelefon)	5.650	565
1.455.7184.7	Förderung besonderer sozialer Maßnahmen	15.300	1.530
1.460.7180.5	Zuschuss an TOT-Heime	33.750	3.375
1.460.7181.3	Förderung von Einrichtungen im Rahmen der Jugendsozialarbeit	12.800	1.280
Zwischensumme 2			10.090
gesamt			20.000

- ◆◆◆ Der Ausschuss nimmt den Bericht „Offene Kinder- und Jugendarbeit - Konzeption und Arbeit der städtischen Kinder- und Jugendhäuser“ zur Kenntnis.

27. JHA 02.07.2002

**7. Landesjugendplan
hier: Förderung von offenen Formen und Einrichtungen der Kinder- und
Jugendarbeit**

Vorlagennr. 2022/2002

Herr Eberlein erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002,

- a) die Aufteilung der Mittel aus dem Landesjugendplan für die Förderung offener Formen und Einrichtungen an Träger der Kinder- und Jugendarbeit sowie
- b) die Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger aus städtischen Mitteln,

wie unter Pkt. 2.2 der Vorlage dargestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**8. Kindertageseinrichtungen
Verein Hilfe zum Leben e. V. - Dr.-Ernst-Schuppener-Haus**

Vorlagennr. 2012/2002

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dem Verein Hilfe zum Leben e. V. zur Einrichtung der Kindertageseinrichtung Dr.-Ernst-Schuppener-Haus einen Zuschuss in Höhe von 58.533,00 € zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. Sachstandsbericht „Unterausschuss Hilfen zur Erziehung“

Vorlagennr. 2047/2002

Das definierte Ziel des Unterausschusses, präventive Angebote im ambulanten Bereich auszubauen, um mittelfristig Heimunterbringungskosten einsparen zu können, wurde leider nicht erreicht, stellt Herr Rujanski bedauernd fest. Dem Beschlussvorschlag kann er sich daher nicht bedenkenlos anschließen.

Zu den Empfehlungen des Unterausschusses an den Jugendhilfeausschuss (Buchstabe B der Sachverhaltsdarstellung der Vorlage) nimmt er wie folgt Stellung:

Zu Empfehlung Nr. 1 (Anschaffung einer Branchensoftware für den ASD):

Die wiederholte Abgabe eines entsprechenden Votums ist entbehrlich. Er beantragt, die Verwaltung vielmehr zu beauftragen, nunmehr eine Lösung sowohl in interner als auch in externer Hinsicht spätestens bis zu den Haushaltsplanberatungen 2003 zu erarbeiten.

Zu Empfehlung Nr. 2 (Stärkung und Ausbau der präventiven Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung):

Die Intensität der Beschäftigung mit der Problematik war bisher nicht ausreichend. Wenn der „Unterausschuss Hilfen zur Erziehung“ eingestellt wird, so ist eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu terminieren. Hierin sollte die Gesamtproblematik anhand einer neuen IST-Analyse (unter Einbeziehung aktueller Faktoren, wie z. B. dem Projekt KiJuFaz) erneut thematisiert werden.

Zu Empfehlung Nr. 3 (Altersbezogene Umwandlung von freiwerdenden Kapazitäten im Bereich der Kindertagesbetreuung):

Die SPD-Fraktion hat sich eindeutig gegen Streichungen und nach Möglichkeit für eine bedarfsgerechte Umwandlung freiwerdender Kindergartenplätze in Tagesstättenplätze bzw. Plätze für Kinder unter 3 Jahren ausgesprochen.

Herr Groß kann dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht folgen. Über die bloße Kenntnisnahme des Berichtes hinaus sollte die Verwaltung beauftragt werden, Umsetzungsvorlagen zu den drei von Herrn Rujanski bereits angesprochenen Empfehlungen zu präsentieren. Er regt an, ein grundsätzliches Leitbild für künftig abzuschließende Leistungsverträge zugunsten einer einheitlichen Linie auf interfraktioneller Basis zu diskutieren.

Frau Tielsch schließt sich der vorgeschlagenen Einstellung des Unterausschusses an. Die unmittelbare Diskussion der anstehenden Problematiken im Jugendhilfeausschuss ist wünschenswert. Die von Herrn Groß geforderten Umsetzungsvorlagen zu den Empfehlungen sollten in Auftrag gegeben werden.

Eine Umsetzungsvorlage zur Empfehlung Nr. 3 ist entbehrlich, da sich die Angelegenheit aufgrund gültiger Beschlüsse im laufenden Verfahren befindet, so Herr Schmidt.

Die unterstützende Finanzierung von Projekten wie z. B. dem KiJuFaz ist der richtige Weg, um mittelfristig Heimunterbringungskosten zu senken, so Frau Sintzen.

Beschluss (in Abänderung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht „Unterausschuss Hilfen zur Erziehung“ ~~und die Empfehlungen~~ zur Kenntnis und beschließt die Einstellung des Unterausschusses, da die Hilfen zur Erziehung ein zentrales Thema für den Jugendhilfeausschuss darstellen und eine regelmäßige Beratung in diesem Gremium einen besseren Informationsfluss gewährleistet.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschluss (in Ergänzung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, Vorlagen zu den im Sachverhalt der Bezugsvorlage 2047/2002 unter Ziffer B) genannten Empfehlungen mit den Ziffern 1 (Anschaffung einer Branchensoftware für den ASD) und 2 (Stärkung und Ausbau der präventiven Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung) zu erarbeiten.

Zur Empfehlung Nr. 1 ist ein Lösungs- / Beschlussvorschlag sowohl in interner als auch in externer Hinsicht spätestens bis zu den Haushaltsplanberatungen 2003 zu unterbreiten.

Zur Empfehlung Nr. 2 ist eine Vorlage inklusive einer neuen IST-Analyse für eine noch zu terminierende Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu präsentieren. Der Verwaltung ist freigestellt, einen Beschlussvorschlag zu formulieren oder darauf zu verzichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**27. JHA 02.07.2002****10. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5
- Soziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Vorlagenr. 2016/2002

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Axel Roth

Datum
03.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	26.06.2002
Jugendhilfeausschuss	02.07.2002
Ausländerbeirat	16.07.2002

Betreff:

Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus - Verwendungsbericht

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen, der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen und der Ausländerbeirat des Rates der Stadt Siegen nehmen den Verwendungsbericht lt. Anlage zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Das Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 15. August 2000 bekanntlich beschlossen, kommunale Projekte gegen Rechtsextremismus zu fördern. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung ein "Bündnis für Toleranz und Zivilcourage - gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" ins Leben gerufen und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt, der Grundlage für weitere Konkretisierungen und Abstimmungen mit möglichen Bündnispartnern sein sollte. Auf dieser Basis hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen jeder Stadt und Gemeinde in NRW pauschal eine Mark pro Einwohner zur Förderung von kommunalen Projekten gegen rechte Gewalt zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Siegen hat aufgrund ihrer Einwohnerzahl mit Bescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 28.09.2000 für die Durchführung von Projekten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus einen Betrag in Höhe von 110.012 DM zur Verfügung gestellt bekommen.

Das Landesprogramm hat eine sehr große Resonanz in Siegen gefunden. Es sollten Projekte in einem Kostenvolumen von insgesamt ca. **550.000 DM** stattfinden. Auch wenn einige Projekte aufgrund der begrenzten Fördermittel nachträglich abgesetzt worden sind, haben insgesamt Projekte in Höhe von ca. **½ Million DM** stattgefunden.

Nach Abzug der Landesmittel haben die Träger somit insgesamt ca. **400.000 DM durch Eigenleistungen** akquiriert.

Das Landesprogramm hat viel bewegt in der Region Siegen und konnte sehr erfolgreich abgeschlossen werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Dr. Raimund Jung

Datum
07.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

02.07.2002

Betreff:

Offene Kinder- und Jugendarbeit
Konzeption und Arbeit der städtischen Kinder- und Jugendhäuser

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Mit dem Reader

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Dr. Raimund Jung

Datum
05.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

02.07.2002

Betreff:

Landesjugendplan

hier: Förderung von offenen Formen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002,

- a) die Aufteilung der Mittel aus dem Landesjugendplan für die Förderung offener Formen und Einrichtungen an Träger der Kinder- und Jugendarbeit sowie
- b) die Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger aus städtischen Mitteln,

wie unter Pkt. 2.2 dieser Vorlage dargestellt.

Sachverhalt / Begründung:

2.1 Für die Förderung....

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
33.750 €		21.480 €	12.270 € (anteilige Landesjugend-	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 33.750 €	Haushaltsstelle 1.460.7180.5
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	---------------------------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Frau Röcher

Datum
06.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

02.07.2002

Betreff:

Kindertageseinrichtungen
Verein Hilfe zum Leben e.V. - Dr.-Ernst-Schuppener-Haus

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dem Verein Hilfe zum Leben e.V. zur Einrichtung der Kindertageseinrichtung Dr.-Ernst-Schuppener-Haus einen Zuschuss in Höhe von 58.533 € zu gewähren.

Sachverhalt / Begründung:

Es ist beabsichtigt, die Kindertageseinrichtung im Dr.-Ernst-Schuppener-Haus zum 01.08.2002 zu eröffnen (Beginn des Kindergartenjahres 2002/2003).

Der Verein hat hierzu mit Datum vom 11.03.2002 einen entsprechenden Förderantrag gestellt, dem der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Landesjugendamt, mit Bescheid vom 05.05.2002 (Eingang bei der Stadt Siegen am 16.05.2002) Rechnung getragen hat.

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben betragen entsprechend der Festbetragsregelung 70.510 € (Höchstbetrag).

Hierbei sind aber die ehemaligen Förderungen für die entsprechenden Notgruppen zu berücksichtigen.

Die Einrichtung Im Samelsfeld wurde seitens des Landes im April 1998 mit einem Landeszuschuss in Höhe von 6.975 €, die Einrichtung Waldesruh mit 8.635 € gefördert.

Unter Beachtung der Zweckbindungsfristen und einer tatsächlichen Nutzbarkeit ist mit dem Träger verabredet, einen Anrechnungsbetrag von 5.473 € zu berücksichtigen.

gen. Diese Bewertung ist aber noch nicht mit dem Landesjugendamt geklärt, da dort von einem Anrechnungsbetrag von 15.609 € ausgegangen wird.

Insoweit sind die tatsächlich zugrunde zu legenden Gesamtkosten mit 65.037 € zu beziffern, so dass dem Träger eine Zuwendung in Höhe von 58.533 € zu gewähren ist (90 % als finanzschwacher Träger). Als weitere Refinanzierung stehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt 19.645 € als Landeszuwendung zur Verfügung. Der städtische Anteil beträgt somit 38.888 €. Soweit sich die Auffassung des Trägers und des Jugendamtes durchsetzt, wird ein entsprechender höherer Landeszuschuss die Folge sein.

Der Träger hat daraus ableitend bereits einen vorläufigen Zuwendungsbescheid in Höhe von 58.533 € erhalten, dies aber unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
65.073 €				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 66.948 € (2001/2002)	Haushaltsstelle 1.464.9350.05 1.464.3623.4
---	-----------------------------------	-------------------------------	---	--

Im Auftrag

Horst Fischer
 Fachbereichsleiter 5
 Soziales, Familien, Jugend, Wohnen

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Frau Juchems-Voets/Herrn Liedtke

Datum
19.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

02.07.2002

Betreff:

Sachstandsbericht „Unterausschuss Hilfen zur Erziehung“

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht und die Empfehlungen zur Kenntnis und beschließt die Einstellung des Unterausschusses, da die „Hilfen zur Erziehung“ ein zentrales Thema für den Jugendhilfeausschuss darstellen und eine regelmäßige Beratung in diesem Gremium einen besseren Informationsfluss gewährleistet.

Sachverhalt / Begründung:

A) Arbeitsergebnisse

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 29.05.2001 die Bildung eines Unterausschusses „Hilfen zur Erziehung“ beschlossen. Der Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ tagte dreimal.

Dabei hat der Unterausschuss als seine primären Zielsetzungen in der ersten Sitzung folgende Punkte definiert:

- Intensiverer Informationstransfer und Austausch zum Aufgabenspektrum der Erziehungshilfen;
- Engere Verzahnung zwischen Politik, freien Trägern und Verwaltung zum Themenspektrum;
- Vertiefende Beratung über die Zusammenhänge von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, fachlicher Qualitätsentwicklung und Weichenstellung in Verbindung mit der Kostenentwicklung;
- Beratung von effektiven und effizienten, richtungsweisenden Projekten oder Modellen für die Jugendhilfepraxis in Siegen.

1. Flexible Hilfen: Exkursion in das Kinder-, Jugend- und Familienhilfezentrum

Ein erster Informations- bzw. Themenschwerpunkt bestand in einer Exkursion in das Kinder-, Jugend- und Familienhilfezentrum am Fischbacherberg¹. Ziel war, sich über die Aufgabenbereiche des Pilotprojektes und den Entwicklungsprozess zu informieren.

Der damalige Leiter der Einrichtung stellte zunächst das Konzept für das Kinder-, Jugend- und Familienhilfezentrum vor. Hierbei wies er besonders auf die drei Entwicklungsphasen hin:

- a) Wohnortnahe ambulante und teilstationäre (Tagesgruppe) Erziehungshilfen aus einem Organisationszusammenhang mit dem Ziel der Flexibilisierung, ausgerichtet am Bedarf der Adressaten, soll gewährleistet werden. Der ASD als hilfegebender Dienst und die freien Träger als hilfedurchführende Dienste arbeiten im Stadtteil unter einem Dach.
- b) Ausbau der adressatenorientierten Hilfen und der Prävention, Vernetzung der Leistungen mit denen anderer Akteure im Stadtteil, Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements.
- c) Entwicklung von Beteiligungsformen auf der Grundlage einer ausgeprägten Ressourcenorientierung, Intensivierung von Netzwerkarbeit, Koproduktionen und Stabilisierungsprogrammen für den Sozialraum.

Festgestellt wurde, dass die erste Entwicklungsphase umgesetzt und die zweite Phase „eingeläutet“ ist.

Das eigens geschaffene Sozialraumbudget soll für die Arbeit Verlässlichkeit, Planungssicherheit und den nötigen Gestaltungsspielraum bieten.

Aussagen über ausreichende Steuerungsmöglichkeiten und die erwartete Entwicklung hinsichtlich des Ausbaus präventiver und ambulanter Hilfen bedürfen eines längerfristigen Beobachtungszeitraums.

Ab November 2001 wird der Qualitätsentwicklungsprozess in der Einrichtung durch das Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) begleitet. Hiervon erhofft man sich wesentliche Fortschritte hinsichtlich der Ressourcen- und Sozialraumorientierung und der Entwicklung eines gemeinsamen Fallverstehens im Fachkräfteteam.

Nach Einschätzung der sozialpädagogischen Fachkräfte nehmen die AnwohnerInnen das Familienhilfezentrum gut an. Dies zeigt sich an der erhöhten Frequentierung im ASD und an der hohen Nachfrage hinsichtlich Gruppenarbeit und Beratung.

Hervorzuheben ist, dass der Anteil der stationären Hilfen rückläufig ist und stattdessen in zahlreichen Einzelfällen bedarfsorientierte ambulante Hilfen entwickelt worden sind. Die Hilfen können aufgrund der räumlichen Nähe zeitnah eingerichtet und flexibel ausgestaltet und verändert werden.

¹ Hier fand dann auch konsequenterweise die zweite Sitzung des Unterausschusses am 25.10.2001 statt.

Die Handlungsfähigkeit der Fachkräfte ist erheblich gestiegen. Dies zu erreichen hat jedoch zu einer Mehrbelastung der Fachkräfte geführt und erfordert eine extreme Anpassungsleistung.

Insgesamt können wesentlich mehr Menschen im Sozialraum – bei gleichem personellen und finanziellen Budget – betreut werden, als es vor Bestehen des Familienhilfezentrums möglich war.

Das Familienhilfezentrum kooperiert inzwischen mit vielen anderen Einrichtungen und Akteuren im Stadtteil. Enge Kontakte sind zu den Regeleinrichtungen im Sozialraum geknüpft, die es in der Praxis noch auszubauen gilt.

Als Risiken werden jedoch der Zuzug von Familien in den Modellraum, die vorher schon „erziehungshilfebedürftig“ waren und eine weitere Betreuung brauchen, gesehen. Dieser Zuzug führt möglicherweise zu „Ausreißern“ im Budget.

Die Erfassung dieser Wanderungsbewegung erfordert dezidierte Auswertungen der Einwohnermeldestatistik, die nach wie vor nicht möglich sind. Darüber hinaus sind nach wie vor weitere sozialstrukturelle Indikatoren, wie z. B. Arbeitslosigkeit oder Aussagen zu Familienstrukturen notwendig, die jedoch z. Z. nach Aussage der Statistikstelle ebenfalls nicht darstellbar sind.

Fehlende EDV-Software im Familienhilfezentrum und im ASD machen eine verlässliche fachliche und finanzielle Steuerung sehr kompliziert bzw. zum Teil unmöglich.

2. Aufgaben, Planungen und Aktivitäten des ASD bei erzieherischen Hilfen

In einem weiteren Schwerpunkt wurden die Arbeitsbereiche des ASD in bezug auf die Hilfen zur Erziehung thematisiert. Hier wurden die wesentlichen Bereiche vorgestellt:

- a) Verortung der Hilfe zur Erziehung im Spektrum der Jugendhilfe;
- b) Case-Management als strukturierte, professionelle Methode der Fallbearbeitung;
- c) Prozessablauf Hilfe zur Erziehung – vom Hilfebeginn bis zum Abschluss der Hilfe.

Als wesentlich wurde gerade auch in diesem Zusammenhang die enge Vernetzung von Hilfen zur Erziehung mit präventiven Maßnahmen der Beratung und Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen erkannt.

Es wird für notwendig erachtet, eine größere Verzahnung von unterschiedlichen Handlungsfeldern der Jugendhilfe voranzutreiben.

Die Pisastudie hat gezeigt, dass Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Regeleinrichtungen unerlässlich ist. Der Unterausschuss sieht hier auch die Jugendhilfe in der Verantwortung. Es wird darauf hingewiesen, dass Jugendhilfe mehr ist als Schule. Der zunehmende Bedarf könnte u. a. auch durch Gruppenumwandlungen im GTK-Bereich gedeckt werden.

B) Empfehlungen an den Jugendhilfeausschuss

Der **Unterausschuss** „Hilfen zur Erziehung“ gibt dem Jugendhilfeausschuss folgende Empfehlungen:

1. Die Softwareausstattung des ASD ist nach wie vor ungenügend. Zur Zeit wird zwar intern eine Lösung entwickelt, um eine Unterstützung in der täglichen Fallarbeit („elektronische Akte“) zu realisieren. Diese Lösung ist jedoch erstens frühestens im zweiten Halbjahr 2002 einsatzbereit und zweitens deutlich nicht das, was damals bei Realisierung des Familienhilfezentrums als Grundvoraussetzung für ein Gelingen aufgezeigt wurde. Leider ist die Notwendigkeit eines solchen Instrumentariums zur Zahlbarmachung (Rechnungsabwicklung) und monetären Steuerung (Budgetentwicklung, Prognose des Jahresanschlusses, Prognose der Kosten für den Einzelfall etc. pp.)² nach wie vor strittig. Eine Steuerung – auch unter monetären Gesichtspunkten – und damit die Chance auf eine Stabilisierung der Kostenentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung ist somit weiterhin nur begrenzt möglich.
Der Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, erneut ein klares Votum für die Anschaffung einer entsprechenden Branchensoftware für den ASD abzugeben.
2. Der Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, sich noch einmal klar für die Stärkung und den Ausbau der präventiven Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung auszusprechen – auch wenn dies kurzfristig zu Kostensteigerungen in diesem Bereich führen könnte. Nur durch einen Ausbau im präventiven Bereich lässt sich mittelfristig eine Kostenstabilisierung im kostenintensiven Bereich der Interventionen erreichen.³
3. Im Bereich der Kindertagesbetreuung sollen die sich aus dem Bevölkerungsrückgang in der relevanten Altersklasse freiwerdenden Platzkapazitäten im gesetzlichen Bereich (3 – 6 Jahre) zugunsten der 0 – 3jährigen und der 6 – 14jährigen eingesetzt werden.⁴

Die **Verwaltung** des Jugendamtes empfiehlt, die Aufgabenbereiche des Unterausschusses in die reguläre Sitzungsfolge des Jugendhilfeausschusses zu reintegrieren. Die Arbeit hat gezeigt, dass die Themenschwerpunkte zu den zentralen Fragestellungen des Jugendhilfeausschusses gehören. Um einen zeitnahen Informationsfluss für die politischen Entscheidungsfindungen zu ermöglichen, wird deshalb vorgeschlagen, den Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ aufzulösen und den Schwerpunkt der „Hilfen zur Erziehung“ regelmäßig im Jugendhilfeausschuss zu thematisieren.

² vgl. auch Vorlage Nr. 1039/01 vom 14.03.01 – Sachstandsbericht „Hilfen zur Erziehung“

³ vgl. dezidiert Sachstandsbericht „Hilfen zur Erziehung“, insbesondere Kapitel „EDV-Einsatz im ASD“; ASD-Software – Fachliche Entscheidungsfindung

⁴ vgl. Planung im Bereich der Kindertageseinrichtungen 2000 bis 2002 (Fertigstellung 1/2001)

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2 Datum
Fachbereich Fachbereichsleiter 5 07.06.2002
Bearbeitet von: Frau Wilhelm/Controlling Herrn Fi-
scher

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	26.06.2002
--	-------------------

Jugendhilfeausschuss	02.07.2002
-----------------------------	-------------------

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5 - So-
ziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt und der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nehmen den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5 – einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im Verwaltungshaushalt werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 30. April des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Ergänzend wird hierzu auch auf die Budgetübersichten der einzelnen Abteilungen Bezug genommen (siehe Anlage).

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die Persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Verwaltungshaushalt:**Bewirtschaftungsstand 30.04.2002**

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0			0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	11.530.374	7.045.496			11.033.239	-497.135
Sonstige Finanzeinnahmen	983.000	357.107			914.161	-68.839
Einnahmen gesamt	12.513.374	7.402.603	0	0	11.947.400	-565.974

Sonstige Personalausgaben	19.050	4.411			19.050	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.410.257	839.019			1.428.211	17.954
Zuweisungen und Zuschüsse	34.899.850	21.664.927			35.485.746	585.896
Sonstige Finanzausgaben	0	0			0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	36.329.157	22.508.357	0	0	36.933.007	603.850

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-23.815.783	-15.105.754	0	0	-24.985.607	1.169.824
--------------------------------------	--------------------	--------------------	----------	----------	--------------------	------------------

Im Bereich der sozialen Sicherungen sind – wie in den letzten Jahren – Prognosedaten zum Frühjahr/Frühsummer des Haushaltsjahres noch äußerst risikobehaftet.

Entscheidend wird letzten Endes sein, ob und in welchem Umfang entsprechende Zuweisungen erfolgen. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Verwaltung der entsprechenden Einrichtungen. Darüber hinaus wird entscheidend sein, inwieweit sich die Eckdaten zur Gewährung von Sozialhilfeleistungen innerhalb des Kreises Siegen-Wittgenstein entwickeln (Kostenbeteiligung der Stadt Siegen).

Im Bereich der Jugendhilfe ist die Entwicklung der Haushaltsdaten nach wie vor geprägt von den Kosten der Erzieherischen Hilfen (UA 455/456) und den Betriebskostenzuschüssen zu den Kindertageseinrichtungen.

Für den Bereich der Förderung der Kindertageseinrichtungen zeichnet sich ab, dass mit einem zusätzlichen Mittelbedarf aufgrund der festgelegten Vorauszahlungen 2002 und unter Berücksichtigung der Abrechnungen für das Haushaltsjahr 2000/2001 zu rechnen ist.

Als Gesamtaussage bleibt somit festzuhalten, dass der Vollzug des Haushaltsplanes 2002 zum jetzigen Zeitpunkt äußerst risikobehaftet ist und nicht auszuschließen ist, dass ein zusätzlicher Zuschussbedarf entstehen kann.

Wie aber auch in den vergangenen Jahren wird erst nach Auswertung des II. Quartals 2002 unter Einbeziehung der Planungsdaten des III. Quartals 2002 eine präzise Aussage getroffen werden können.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
 Fachbereichsleiter 5
 Soziales, Familie, Jugend, Wohnen

Anlagen: 5